

<b>Landeshauptstadt Magdeburg</b> – Der Oberbürgermeister –		<b>Drucksache</b> <b>DS0188/12</b>	<b>Datum</b> 21.05.2012
<b>Dezernat: II</b>	<b>II/01</b>	<b>Öffentlichkeitsstatus</b> öffentlich	

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Sitzung</b> <b>Tag</b>	<b>Behandlung</b>	<b>Zuständigkeit</b>
Der Oberbürgermeister	29.05.2012	nicht öffentlich	Genehmigung OB
Finanz- und Grundstücksausschuss	20.06.2012	öffentlich	Beratung
Stadtrat	05.07.2012	öffentlich	Beschlussfassung

<b>Beteiligungen</b>	<b>Beteiligung des</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>
	<b>RPA</b>		X
	<b>KFP</b>		X
	<b>BFP</b>		X

### **Kurztitel**

Jahresabschluss 2011 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat nimmt den von der WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2011 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH sowie den Konzernjahresabschluss 2011 zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH werden angewiesen:
  - den Jahresabschluss 2011 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH mit einer Bilanzsumme in Höhe von 198.075.670,00 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 4.293.778,54 EUR festzustellen,
  - den Jahresüberschuss 2011 in Höhe von 4.293.778,54 EUR in die Gewinnrücklage einzustellen, davon entfallen 429.377,85 EUR auf die freie Rücklage und 3.864.400,69 auf die Betriebsmittelrücklage,
  - dem Aufsichtsrat der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung zu erteilen,
  - dem Geschäftsführer der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH Herrn Dr. Andreas Brakmann für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung zu erteilen,
  - die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WRG Audit GmbH zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012 zu bestellen,
  - den Konzernjahresabschluss 2011 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH festzustellen.

## Finanzielle Auswirkungen

<b>Organisationseinheit</b>	<b>2001</b>	<b>Pflichtaufgabe</b>	<b>x</b>	<b>ja</b>		<b>nein</b>
<b>Produkt Nr.</b>	<b>Haushaltskonsolidierungsmaßnahme</b>					
		ja, Nr.		x		nein
<b>Maßnahmebeginn/Jahr</b>	<b>Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt</b>					
	<b>JA</b>		<b>NEIN</b>			<b>x</b>

## A. Ergebnisplanung/Konsumtiver Haushalt

Budget/Deckungskreis:

I. Aufwand (inkl. Afa)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
<b>Summe:</b>					

II. Ertrag (inkl. Sopo Auflösung)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
<b>Summe:</b>					

## B. Investitionsplanung

Investitionsnummer:

Investitionsgruppe:

I. Zugänge zum Anlagevermögen (Auszahlungen - gesamt)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
<b>Summe:</b>					

II. Zuwendungen Investitionen (Einzahlungen - Fördermittel und Drittmittel)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
<b>Summe:</b>					

III. Eigenanteil / Saldo					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
<b>Summe:</b>					

IV. Verpflichtungsermächtigungen (VE)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
<b>gesamt:</b>					
20...					
<b>für</b>					
20...					
20...					
20...					
<b>Summe:</b>					

V. Erheblichkeitsgrenze (DS0178/09) Gesamtwert					
<input type="checkbox"/>	bis 60 Tsd. € (Sammelposten)				
<input type="checkbox"/>	> 500 Tsd. € (Einzelveranschlagung)			<input type="checkbox"/>	Anlage Grundsatzbeschluss Nr.
				<input type="checkbox"/>	Anlage Kostenberechnung
<input type="checkbox"/>	> 1,5 Mio. € (erhebliche finanzielle Bedeutung)			<input type="checkbox"/>	Anlage Wirtschaftlichkeitsvergleich
				<input type="checkbox"/>	Anlage Folgekostenberechnung

**C. Anlagevermögen**

Investitionsnummer:

--

Buchwert in €

--

Datum Inbetriebnahme:

--

Anlage neu

JA
----

Auswirkungen auf das Anlagevermögen					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	bitte ankreuzen	
				Zugang	Abgang
20...					

federführendes(r) II/01	Sachbearbeiter Frau Brennecke	Unterschrift Herr Koch
----------------------------	----------------------------------	---------------------------

Verantwortliche(r) Beigeordnete(r)	Unterschrift	i.V. Dr. Hartung Herr Zimmermann
---------------------------------------	--------------	-------------------------------------

Termin für die Beschlusskontrolle	31.07.2012
-----------------------------------	------------

**Begründung:**

Dem Jahresabschluss der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH für das Geschäftsjahr 2011 wurde von der WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Das Geschäftsjahr zum 31.12.2011 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe 4.293.778,54 EUR (Vorjahr: 8.163,3 Tsd. EUR) ab.

Die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung ergab Beanstandungen, die unter Punkt 4. dargestellt werden. Darüber hinaus erfolgte im Rahmen der Jahresabschlussprüfung auch die Prüfung gemäß § 9 Abs. 3 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) zur Verwendung der pauschalen Fördermittel, die Prüfung zur Aufstellung der Erlöse gemäß § 4 Abs. 3 Satz 7 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) und die Prüfung zum Ausbildungsbudget nach § 17a Abs. 7 KHG. Diese Prüfungen führten zu keinen Beanstandungen.

Für das Geschäftsjahr 2011 wurde ebenfalls wieder ein Konzernjahresabschluss vorgelegt. Gemäß § 290 HGB ist das Mutterunternehmen grundsätzlich zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet, der gemäß § 316 Abs. 2 HGB einer Pflichtprüfung unterliegt. Mit dem Konzernabschluss soll ein objektives Bild über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des gesamten Konzerns gegeben werden. Dabei werden entsprechende Verflechtungen (innerkonzernliche Forderungen/Verbindlichkeiten, Erträge/Aufwendungen etc.) eliminiert. Der Konzernabschluss hat somit einen rein informativen Charakter. Mit der Aufnahme der operativen Geschäftstätigkeit der Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH zum 01.07.2009 war die Gesellschaft zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet. Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht wurden ebenfalls durch die WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

## **1. Grundsätzliche Feststellungen zur Lagebeurteilung und Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft**

Bezüglich der Lagebeurteilung der Gesellschaft durch den Geschäftsführer verweisen wir auf die Anlage 1 zur Drucksache. Dort wird zusammengefasst die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft dargestellt, es werden Ausführungen zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gegeben sowie die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung eingeschätzt.

### **Stellungnahme des Abschlussprüfers:**

„Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage des Klinikums einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung des Klinikums ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.“

## **2. Analyse des Jahresabschlusses 2011 im Vergleich zum Vorjahr**

### **2.1 Gewinn- und Verlustrechnung**

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen erhöhten sich im Berichtsjahr von 109.159,3 Tsd. EUR auf insgesamt 112.151,2 Tsd. EUR und setzen sich wie folgt zusammen:

Werte in Tsd. EUR	<u>2011</u>	<u>2010</u>
Erlöse aus DRG-Fallpauschalen und Zusatzentgelte	95.930,1	93.592,1
Erlöse aus Basispflegesätzen	3.496,1	3.342,9
Erlöse aus Abteilungspflegesätzen	10.772,5	10.065,7
Weitere tagesgleiche Entgelte, insbesondere der Tageskliniken	1.091,1	768,2
Zuschläge für Ausbildung, Arbeitszeitverbesserung, AiP, usw.	1.109,3	1.138,7
Abschläge Tarifrater, Mehrleist., vorläuf. Erlösausgleiche	./ 3.700,0	./ 1.336,7
Sonstige Entgelte	<u>2.839,7</u>	<u>2.064,9</u>
<i>Zwischensumme</i>	111.538,8	109.635,8
Ausgleichsbeträge für Vorjahre	+ 2.229,4	+ 2.154,0
Ausgleichsbeträge des laufenden Geschäftsjahres	<u>./ 1.617,0</u>	<u>./ 2.630,5</u>
Summe	112.151,2 =====	109.159,3 =====

Gegenüber dem Vorjahr gab es Erlössteigerungen in fast allen Einzelpositionen. Bei dem für 2011 vereinbarten DRG-Erlösbudget waren Erlöse inklusive Zusatzentgelte in Höhe von 94.236,0 Tsd. EUR bei einem Case-Mix-Index (CMI = durchschnittlicher ökonomischer Fallschweregrad) von 1,104 und 28.049 DRG-Fällen geplant. Behandelt wurden in 2011 tatsächlich 28.797 Fälle (Vorjahr: 27.814) mit einem CMI von 1,107 (Vorjahr: 1,078). Der jahresdurchschnittliche Basisfallwert (inkl. Ausgleichs- und Berichtigungsbeträge für Vorjahre) erhöhte sich von 2.884,00 Tsd. EUR im Vorjahr (bereinigt um Ausgleiche und Berichtigungen) auf 2.889,00 EUR im Berichtsjahr.

Die Erlöse aus Wahlleistungen in Höhe von 259,5 Tsd. EUR (Vorjahr: 276,1 Tsd. EUR) beinhalten im Wesentlichen die Wahlarztleistungen und die Wahlleistungen Zimmer.

Die Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 358,1 Tsd. EUR auf 1.997,7 Tsd. EUR. Zu dieser Position gehören u.a. die Erlöse aus Krankenhausambulanzen, die Erlöse aus KV-Abrechnungen und die Erlöse aus ambulanten Operationen.

Die Position Nutzungsentgelte der Ärzte hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 3,3 Tsd. EUR auf 352,6 Tsd. EUR erhöht. Hier erfolgt der Ausweis der Nutzungsentgelte, der Erlöse aus Sachkostenanteilen, der Abgaben aus Gutachtertätigkeit und der übrigen Erlöse.

Im Berichtsjahr wird eine Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen (-5,6 Tsd. EUR) ausgewiesen (Vorjahr: -184,2 Tsd. EUR).

Die Position Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 10 in Höhe von 1.075,6 Tsd. EUR (Vorjahr: 941,0 Tsd. EUR) beinhaltet im Wesentlichen die Erstattungen für Notarzt und Rettungsdienst. Des Weiteren werden hier Erstattungen des Bundesamtes für Zivildienst, Erstattungen der Sozialversicherungsträger zum Ausgleichsverfahren Mutterschutz sowie sonstige Erstattungen ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich von 4.687,2 Tsd. EUR im Vorjahr auf 8.316,7 Tsd. EUR im Berichtsjahr. In dieser Position werden Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben (3.531,1 Tsd. EUR), Erträge aus Erstattungen des Personals (286,2 Tsd. EUR), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (1.882,7 Tsd. EUR) sowie die übrigen betrieblichen Erträge (2.616,7 Tsd. EUR) ausgewiesen. Zu den Erlösen aus Hilfs- und Nebenbetrieben gehören u.a. Erstattungen für Apothekenlieferungen, Zubereitungskosten und Kosten der Leichenaufbewahrung.

Der Personalaufwand beinhaltet im Berichtsjahr Aufwendungen für Gehälter in Höhe von 59.247,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 55.297,1 Tsd. EUR) sowie Aufwendungen für soziale Abgaben und

Altersversorgung in Höhe von 11.740,7 Tsd. EUR (Vorjahr: 11.401,1 Tsd. EUR). Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr begründet sich mit der Erhöhung der Anzahl der Vollkräfte von 1.193,86 im Vorjahr auf 1.234,53 Vollkräfte im Berichtsjahr. Des Weiteren erfolgte eine Anhebung der Vergütungen für das ärztliche Personal ab 01.01.2011 und für nicht-ärztliches Personal ab 01.07.2011 in Höhe von 3 %. Im Jahresdurchschnitt waren bei der Gesellschaft 1.238,2 Vollkräfte (Vorjahr: 1.211,8 Vollkräfte) beschäftigt.

Die Position Materialaufwand setzt sich zusammen aus den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 29.653,7 Tsd. EUR (Vorjahr: 27.393,4 Tsd. EUR) und aus den Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 3.762,8 Tsd. EUR (Vorjahr: 3.193,8 Tsd. EUR). Zu den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe gehören die Aufwendungen für den medizinischen Bedarf (25.484,3 Tsd. EUR), die Aufwendungen für Lebensmittel (1.110,3 Tsd. EUR), die Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe (2.307,2 Tsd. EUR) sowie die Aufwendungen des Wirtschaftsbedarfs (751,9 Tsd. EUR).

In den Positionen 10 bis 14 der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt gemäß der Krankenhausbuchführungsverordnung der separate Ausweis von Fördermitteln und anderer öffentlicher Zuweisungen für Investitionen.

In der Position Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen (Pos. 10) in Höhe von 1.580,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.711,9 Tsd. EUR) werden pauschale Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG in Höhe von 1.563,4 Tsd. EUR sowie weitere Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen in Höhe von 16,7 Tsd. EUR ausgewiesen.

In der Position Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung (1.083,9 Tsd. EUR) werden entsprechende Erträge in Höhe der Abschreibungen auf förderfähige, jedoch mit Eigenmitteln vor Einführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (01.01.1991) angeschaffte Anlagegüter gebucht. Damit erfolgte eine Neutralisierung der entsprechenden Abschreibungen und die Gewinn- und Verlustrechnung bleibt diesbezüglich erfolgsneutral.

Die Position Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens (Pos. 12) in Höhe von 5.581,4 Tsd. EUR (Vorjahr: 5.499,5 Tsd. EUR) dient ebenfalls ausschließlich der Neutralisierung von Aufwendungen. Diese betreffen zum einen die entsprechenden Abschreibungen auf die Anlagegüter, die mit Fördermitteln und anderen Zuwendungen angeschafft wurden und zum anderen auch die Aufwendungen aus dem Abgang dieser mit Fördermitteln bzw. Zuwendungen finanzierten Anlagegüter.

In der Position 13 Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens (1.615,1 Tsd. EUR) werden Erträge durch Einbuchung von Aufwendungen ergebnisneutral gestellt. Das betrifft Aufwendungen für pauschale Zuweisungen bzw. Einzelfördermittel, für andere Zuwendungen, für entsprechende Verkaufserlöse aber auch für Zinserträge angelegter Fördermittel.

In der Position 14 Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegütern erfolgt im Berichtsjahr ein Ausweis in Höhe von 238,6 Tsd. EUR.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen werden im Berichtsjahr in Höhe von 7.285,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 6.912,1 Tsd. EUR) ausgewiesen. Durch die Auflösung der Sonderposten und durch die Einstellungen in die Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung bleiben die Abschreibungen für die Erfolgslage weitgehend neutral. Ergebniswirksam sind nur die Abschreibungen auf Gebrauchsgüter und auf das Anlagevermögen, das mit Eigenmitteln nach dem 01.01.1991 finanziert wurde. Im Geschäftsjahr waren Abschreibungen in Höhe von 865,0 Tsd. EUR (Vorjahr: 389,0 Tsd. EUR) ergebniswirksam.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Berichtsjahr auf 14.431,4 Tsd. EUR

(Vorjahr: 10.683,0 Tsd. EUR) und beinhalten die Aufwendungen für Verwaltungsbedarf (2.412,6 Tsd. EUR), für Instandhaltungen (6.959,5 Tsd. EUR), für Abgaben/Versicherungen (1.349,2 Tsd. EUR) sowie die übrigen betrieblichen Aufwendungen (3.710,1 Tsd. EUR).

Es werden sonstige Zinsen und ähnliche Erträge in Höhe von 162,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 51,3 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Die Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 230,5 Tsd. EUR (Vorjahr: 230,6 Tsd. EUR) beinhaltet im Wesentlichen Kontokorrent-, Darlehen- und Bereitstellungszinsen.

In der Position 19 wird als Zwischenergebnis das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 4.350,4 Tsd. EUR (Vorjahr: 3.323,1 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Steuern fielen in Höhe von 56,6 Tsd. EUR (Vorjahr: 49,5 Tsd. EUR) an.

Zum 31.12.2011 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 4.293,8 Tsd. EUR (Vorjahr: 8.163,3 Tsd. EUR) ausgewiesen.

## **2.2 Bilanz zum 31.12.2011**

### Aktiva

Insgesamt ist gegenüber dem Vorjahr in der Position Anlagevermögen eine Verminderung von 137.908,1 Tsd. EUR auf 135.310,2 Tsd. EUR zu verzeichnen.

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen erfolgten im Berichtsjahr Zugänge in Höhe von 242,7 Tsd. EUR und Abschreibungen in Höhe von 144,1 Tsd. EUR. Per 31.12.2011 wird ein Restbuchwert in Höhe von 257,9 Tsd. EUR ausgewiesen.

Im Bereich des Sachanlagevermögens wurden Investitionen in Höhe von 4.357,7 Tsd. EUR getätigt. Dabei entfallen 679,1 Tsd. EUR auf die Position *Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken*, 60,4 Tsd. EUR auf die Position *technische Anlage*, und 3.618,1 Tsd. EUR auf die Position *Einrichtungen und Ausstattungen*.

Die Position Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten verringerte sich von 124.197,9 Tsd. EUR auf 121.465,6 Tsd. EUR. Die Zugänge im Berichtsjahr in Höhe von 679,1 Tsd. EUR betreffen im Wesentlichen das Grundstück für den Parkplatz „Bruno-Taut-Ring“. Abschreibungen wurden in Höhe von 3.796,8 Tsd. EUR berücksichtigt.

Die Position technische Anlagen verringerte sich im Berichtsjahr von 2.438,8 Tsd. EUR auf 2.084,7 Tsd. EUR. Zugänge erfolgten hier in Höhe von 60,4 Tsd. EUR; Abschreibungen wurden in Höhe von 414,6 Tsd. EUR berücksichtigt.

Die Position Einrichtungen und Ausstattungen erhöhte sich im Berichtsjahr von 10.651,7 Tsd. EUR auf 11.326,9 Tsd. EUR ausgewiesen. Hier erfolgten im Wesentlichen Zugänge für medizinische Ausstattungen in Höhe von 2.770,3 Tsd. EUR, für Ausstattungen im Wirtschafts- und Verwaltungsbereich in Höhe von 261,7 Tsd. EUR und für Mobiliar im Klinikum in Höhe von 222,4 Tsd. EUR. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres betreffen 2.929,7 Tsd. EUR.

Unter den Finanzanlagen werden die Beteiligungen an den drei Tochtergesellschaften ausgewiesen. Dies betrifft die Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH und die Klinikum Magdeburg Leistungskooperations GmbH mit jeweils 25,0 Tsd. EUR und die MVZ Klinikum Magdeburg gemeinnützige GmbH mit 125,0 Tsd. EUR. Bei der MVZ Klinikum Magdeburg gemeinnützige GmbH erfolgte im Berichtsjahr eine Zuführung in die Rücklage in Höhe von 100,0 Tsd. EUR.

Bei der Bilanzposition des Umlaufvermögens/Vorräte wird in der Position der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (1.287,3 Tsd. EUR) im Wesentlichen der bevorratete medizinische Bedarf (1.188,7 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Bei den unfertigen Leistungen erfolgt im Berichtsjahr ein Ausweis in Höhe von 1.195,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.201,5 Tsd. EUR).

Bei der Position der Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände erfolgt der Ausweis von vier Einzelpositionen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände betreffen im Einzelnen:

- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.996,2 Tsd. EUR
- Forderungen an den Gesellschafter	7,7 Tsd. EUR
- Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	197,4 Tsd. EUR
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	8,3 Tsd. EUR
- Sonstige Vermögensgegenstände	81,6 Tsd. EUR

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 12.996,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 13.893,2 Tsd. EUR) betreffen fast ausschließlich Forderungen aus der stationären Leistungsabrechnung. Zum Prüfungszeitpunkt (06.02.2012) waren 3.372,2 Tsd. EUR noch offen.

Die Forderungen an den Gesellschafter in Höhe von 7,7 Tsd. EUR (Vorjahr: 8,4 Tsd. EUR) betreffen Forderungen aus Leistungsbeziehungen mit der Landeshauptstadt Magdeburg.

In der Position Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht in Höhe von 197,4 Tsd. EUR (Vorjahr: 389,7 Tsd. EUR) erfolgt der Ausweis der bewilligten Fördermittel nach Art. 14 Abs. 1 Gesundheitsstrukturgesetz für Brandschutzmaßnahmen am Haus F.

Im Berichtsjahr wird eine Forderung gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 8,3 Tsd. EUR ausgewiesen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden in Höhe von 81,6 Tsd. EUR (Vorjahr: 99,7 Tsd. EUR) ausgewiesen und beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Festgeld und Forderungen gegen Mitarbeiter.

Beim Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten werden liquide Mittel in Höhe von insgesamt 15.701,6 Tsd. EUR (Vorjahr: 14.272,3 Tsd. EUR) ausgewiesen. Davon betreffen 326,0 Tsd. EUR Guthaben aus Fördermitteln.

Des Weiteren erfolgt auf der Aktivseite der Bilanz der Ausweis eines Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung gemäß § 5 Abs. 5 Krankenhausbuchführungsverordnung. Dieser Posten muss in Höhe der Abschreibungen auf Anlagegüter gebildet werden, die vor Inkrafttreten des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (01.01.1991) mit Eigenmitteln angeschafft wurden. Er hat den Charakter einer Bilanzierungshilfe und ist der Gegenposten zur Ertragsbuchung gemäß Position 11 der Gewinn- und Verlustrechnung. Im Berichtsjahr erfolgte hier wieder die Einstellung der Mittel in Höhe der Abschreibungen mit 1.083,9 Tsd. EUR und damit eine Erhöhung zum Bilanzstichtag auf 31.120,8 Tsd. EUR (Vorjahr: 30.036,9 Tsd. EUR).

Ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten wird in Höhe von 168,6 Tsd. EUR (Vorjahr: 205,2 Tsd. EUR) ausgewiesen und betrifft hauptsächlich Vorauszahlungen für das Jahr 2012.

## Passiva

Im Eigenkapital wird unverändert ein gezeichnetes Kapital in Höhe von 500,0 Tsd. EUR ausgewiesen.

Die Kapitalrücklage wird zum 31.12.2011 ebenfalls in unveränderter Höhe von 62.135,8 Tsd. EUR ausgewiesen.



Zum Bilanzstichtag erfolgt der Ausweis von Gewinnrücklagen in Höhe von 13.179,4 Tsd. EUR (Vorjahr: 5.016,1 Tsd. EUR). Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahresstichtag ergibt sich aus der Zuführung des Jahresüberschusses 2010 in Höhe von 8.163,3 EUR.

Das Geschäftsjahr 2011 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 4.293,8 Tsd. EUR (Vorjahr: 8.163,3 Tsd. EUR) ab.

Beim Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens werden unterschiedliche Posten gebildet, die sich nach dem Fördermittelgeber richten.

Beim Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG werden Mittel in Höhe von 67.194,8 Tsd. EUR (Vorjahr: 69.803,1 Tsd. EUR) ausgewiesen. Hier handelt es sich um die gemäß § 5 Abs. 3 Krankenhausbuchführungsverordnung passivierten Fördermittel der finanzierten Anlagegüter, die in Höhe der entsprechenden Abschreibungen wieder aufgelöst werden. Die ertragswirksame Gegenbuchung der Auflösungen erfolgt in der Position 12 der Gewinn- und Verlustrechnung.

Unter dem Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand erfolgt separat der Ausweis für andere Einzelfördermittel der öffentlichen Hand, die somit nicht nach dem KHG gezahlt wurden. Die Behandlung dieses Passivpostens erfolgt in analoger Weise zur vorherigen Position. Die Auflösung erfolgt in Höhe der entsprechenden Abschreibungen der mit diesen Mitteln finanzierten Anlagegüter. Die ertragswirksame Gegenbuchung der Auflösungen erfolgt ebenfalls in der Position 12 der Gewinn- und Verlustrechnung. Zum 31.12.2011 beträgt der Stand 28.383,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 29.540,0 Tsd. EUR).

Des Weiteren erfolgt der Ausweis des Sonderpostens aus Zuwendungen Dritter, der zum Bilanzstichtag 85,7 Tsd. EUR (Vorjahr: 99,9 Tsd. EUR) beträgt. Hier erfolgt ebenfalls die Auflösung in Höhe der entsprechenden Abschreibungen der mit diesen Mitteln finanzierten Anlagegüter. Die ertragswirksame Gegenbuchung dieser Auflösungen erfolgt ebenfalls in der Position 12 der Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Rückstellungen verminderten sich im Berichtsjahr von 13.166,4 Tsd. EUR auf 8.518,5. Die Zusammensetzung stellt sich wie folgt dar:

<u>Werte in Tsd. EUR</u>	<u>2011</u>	<u>2010</u>
Steuerrückstellungen	25,5	4,0
Strukturanpassungsmaßnahmen II. Konsolidierungsphase	0	1.721,4
Urlaubs- und Überstundenrückstellungen	2.024,7	1.147,5
Jubiläumrückstellungen	76,7	76,3
Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen	865,6	911,9
Prüfungs- und Beratungskosten	65,4	83,7
Instandhaltungsmaßnahmen	0	3.453,6
Bereitschaftsdienstvergütungen	799,7	791,5
Sonstige Personalrückstellungen	1.731,3	2.192,4
Risikoabschlag laufende MDK-Prüfungen	2.035,0	2.035,0
übrige Rückstellungen	894,6	753,1
	<u>8.518,5</u>	<u>13.166,4</u>
	=====	=====

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft erhöhten sich zum 31.12.2011 insgesamt von 10.820,1 Tsd. EUR auf 13.780,8 Tsd. EUR.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden zum Bilanzstichtag drei Darlehen der Bank für Sozialwirtschaft AG in Höhe von insgesamt 5.248,8 Tsd. EUR ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (4.573,8 Tsd. EUR) haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1.380,6 Tsd. EUR erhöht. Zum Prüfungszeitpunkt (24.01.2012) waren bis auf

342,7 Tsd. EUR alle Verbindlichkeiten beglichen.

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht in Höhe von 1.657,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 2.877,0 Tsd. EUR) umfassen bewilligte und noch nicht zweckentsprechend verwendete Fördermittel sowie Ausgleichsverpflichtungen nach dem Krankenhausentgeltgesetz und der Bundespflegeverordnung.

Bei den Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens in Höhe von 9,2 Tsd. EUR handelt es sich ebenfalls um noch nicht verwendete Zuwendungen sonstiger Zuwendungsgeber.

Im Berichtsjahr erfolgt der Ausweis der Position Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 0,7 Tsd. EUR.

Die sonstigen Verbindlichkeiten werden zum Bilanzstichtag in Höhe von 2.291,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.975,1 Tsd. EUR) ausgewiesen. Im Wesentlichen handelt es sich hier um Verbindlichkeiten aus Lohn-, Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag, aus Investitionszuschlägen, aus zweckgebundenen Zuwendungen und Drittmitteln sowie gegenüber Chefärzten.

Es wird ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 3,0 Tsd. EUR (Vorjahr: 16,2 Tsd. EUR) ausgewiesen.

### **3. Konzernjahresabschluss 2011**

In den Konsolidierungskreis wurden die Jahresabschlüsse der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH (Muttergesellschaft) sowie der Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH und der MVZ Klinikum Magdeburg gemeinnützige GmbH als 100%-ige Tochterunternehmen aufgenommen. Eine Einbeziehung der Klinikum Magdeburg Leistungskooperations GmbH in den Konzernabschluss ist aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gemäß § 296 Abs. 2 HGB nicht erfolgt.

Die Konsolidierung erfolgte nach den Grundsätzen der Vollkonsolidierung. Die WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, hat dem Konzernabschluss und dem Konzernlagebericht der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH 2011 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Konzernabschluss weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 4.113.585,65 EUR aus.

### **4. Prüfungsfeststellungen gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz**

Im Fragenkreis 3 c „Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens“ werden u.a. folgende Ausführungen in Bezug auf den Public Corporate Governance Kodex (CGK) der Landeshauptstadt Magdeburg gemacht: „Allerdings ist das in I.2.1.2 definierte sogenannte Vier-Augen-Prinzip beim Klinikum zu vervollständigen, wonach „mindestens zwei Personen gemeinschaftlich über Geschäftskonten verfügen“ dürfen. Für Herrn Dr. Brakmann bestehen Einzelzeichnungsbefugnisse. Ferner kommen beim Klinikum auf den Namen des Geschäftsführers lautende Kreditkarten zum Einsatz. Wir empfehlen, das von den Konzerngesellschaften ansonsten beachtete Vier-Augen-Prinzip gemäß CGK zu vervollständigen.“

Im Fragenkreis 7 a „Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist“ werden u.a. folgende Ausführungen gemacht: „In der Sitzung 6/2010 (Doppelsitzung vom 01.09./09.09.2010) hat der Aufsichtsrat des Klinikums die Aufnahme eines Darlehens über 2,2 Mio. EUR zur Sanierung des Verwaltungs- und Funktionsgebäudes (Haus F)

beschlossen. Die Aufnahme langfristiger Kredite bedarf der Genehmigung durch den Aufsichtsrat (§ 9 Nr. 3 h des Gesellschaftsvertrages). Zur Beschlussfassung wurden auch Tischvorlagen der beauftragten Architekten ausgereicht. ... Aus der Vorlage der Architekten ergibt sich allerdings auch, dass nicht sämtliche Kosten der Sanierung von Haus F in ihrer Planung erfasst sind. Zum Zeitpunkt unserer Prüfung (01.02.2012) beliefen sich die Gesamtausgaben für die Sanierung von Haus F auf immerhin 3,1 Mio. EUR, wobei die Maßnahme noch nicht abgeschlossen war. Nach den von uns erbetenen Begründungen hat dies verschiedene Ursachen (z.B. Einbau von Luft- und Heizungs-Splitgeräten von ca. 300 Tsd. EUR, zusätzliche Brandschutzmaßnahmen von ca. 238 Tsd. EUR, für die das Land Sachsen-Anhalt Fördermittel bewilligt hat, Einbeziehung des angrenzenden Treppenhauses und Verbinders zu Haus D und Haus G/H in die Maßnahme). Letztendlich hat unsere Prüfung ergeben, dass das Klinikum die erheblichen Mehraufwendungen im Rahmen der gegenseitigen Deckung ausgleichen konnte.“

Im Fragenkreis 8 a „Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft“ werden folgende Ausführungen gemacht: „Das MVZ hat Ende 2010/Anfang 2011 bzw. vor Ingangsetzung des Geschäftsbetriebes drei Praxiskaufverträge über je 90 Tsd. EUR abgeschlossen. Diese Kaufpreise beinhalten mit Ausnahme des Vertrages über die Orthopädie auch anteilige Kosten für Inventar der jeweils übernommenen Praxis. Unterlagen über die Angemessenheit des Kaufpreises konnten nicht vorgelegt werden. Dies gilt auch im Hinblick auf die zukünftigen Mietaufwendungen (Mietflächen und Miethöhe). U.E. bedarf das Unternehmenskonzept des MVZ einer kompletten Überarbeitung. Insofern bleibt abzuwarten, ob die wirtschaftliche Tragfähigkeit des MVZ überhaupt hergestellt werden kann.“

Im Fragenkreis 8 wird unter e „Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden“ u.a. folgende Ausführungen gemacht: „Allerdings war die Kreditlinie des MVZ (150 Tsd. EUR) mit 64 Tsd. EUR zum Zeitpunkt unserer Prüfung (09.02.2012) im erheblichen Umfang in Anspruch genommen. Über Guthaben verfügte die Tochtergesellschaft zu diesem Zeitpunkt nicht mehr.“

Des Weiteren wurden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft neben der Bearbeitung des Fragenkatalogs weitere Feststellungen getroffen, über die in einem gesonderten Managementletter berichtet wurde.

## **5. Zusammenfassung**

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat den vorliegenden Jahresabschluss in seiner Sitzung am 20.04.2012 gebilligt und empfiehlt dem Gesellschafter die Feststellung. Der Lagebericht des Geschäftsführers wurde vom Aufsichtsrat nicht gebilligt sondern nur zur Kenntnis genommen. Der Gesellschafterversammlung wird folgende Beschlussfassung empfohlen:

1. Die Gesellschafterversammlung stellt den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, versehenen Jahresabschluss 2011 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH mit einer Bilanzsumme in Höhe von 198.075.670,00 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 4.293.778,54 EUR fest.
2. Die Gesellschafterversammlung beschließt, den Jahresüberschuss 2011 in Höhe von 4.293.778,54 EUR in die Gewinnrücklage einzustellen. Davon entfallen auf die freie Rücklage 429.377,85 EUR und auf die Betriebsmittelrücklage 3.864.400,69 EUR.
3. Die Gesellschafterversammlung erteilt dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung.
4. Die Entlastung des Geschäftsführers wird aufgeschoben, bis die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft einen Beschluss rechtfertigen.
5. Die Gesellschafterversammlung bestellt die WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012.

Entgegen der Empfehlung des Aufsichtsrates, den Geschäftsführer für das Geschäftsjahr 2011 nicht zu entlasten, schlägt das Dezernat Finanzen und Vermögen vor, dem Geschäftsführer die Entlastung für das Geschäftsjahr 2011 zu erteilen.

Mit der Erteilung des uneingeschränkten Bestätigungsvermerkes für den Jahresabschluss 2011 wird vom Wirtschaftsprüfer ausgeführt: „Unser Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach unserer Überzeugung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den Vorschriften der KHBV und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der ordnungsgemäßen Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Krankenhauses und der Krankenhausträgersgesellschaft.“ Aufgrund des Prüfergebnisses des Wirtschaftsprüfers ist aus Sicht des Dezernates Finanzen und Vermögen eine Nichtentlastung des Geschäftsführers nicht gerechtfertigt.

Gemäß § 42a GmbHG hat der Gesellschafter auch über die Feststellung des Konzernjahresabschlusses zu beschließen. Das Dezernat Finanzen und Vermögen/Beteiligungsverwaltung schließt sich den vorgeschlagenen Empfehlungen des Aufsichtsrates an.

Hinsichtlich der Bestellung des Wirtschaftsprüfers ist anzumerken, dass die WRG Audit GmbH damit zum 6. Mal als Abschlussprüfer bei der Gesellschaft tätig werden würde. Das erste Prüfungsjahr war allerdings das Rumpfgeschäftsjahr 2007. Im Hinblick auf den in 2012 vorgenommenen Geschäftsführerwechsel sollte der Empfehlung des Aufsichtsrates gefolgt werden und die WRG nochmals den Jahresabschluss prüfen. Allerdings sollte die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 definitiv neu ausgeschrieben werden.

Das Prüfungsergebnis 2011 einschließlich des Bestätigungsvermerkes, die Lagebeurteilung der Gesellschaft, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht sind als Anlagen beigefügt. In der Anlage 7 sind die entsprechenden Unterlagen des Konzernabschlusses beigefügt. Der Prüfbericht kann nach Absprache im Dezernat Finanzen und Vermögen/Beteiligungsverwaltung eingesehen werden.

**Anlagen:**

1. Lagebeurteilung
2. Bilanz
3. Gewinn- u. Verlustrechnung
4. Bestätigungsvermerk
5. Lagebericht
6. Beschlussvorschläge für den AR
7. Konzernunterlagen